

thema: berufsbildung

Nr. 2 – April 1987

tatsachen · hinweise · ergebnisse · materialien · anregungen

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

es kann keinem Zweifel unterliegen: Mit den steigenden qualitativen Anforderungen im Gesamtsystem der beruflichen Bildung wachsen auch die Anforderungen an die Berufsschule. Als Beleg sei beispielhaft auf die neuen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne für die industriellen Metall- und Elektroberufe verwiesen, in denen der qualitative Sprung nach vorne unübersehbar ist.

Dieser Sprung in die Zukunft wird nur gelingen, wenn auch die Berufsschulen ihren wichtigen Part in der dualen Berufsausbildung angemessen erfüllen. Zu den Voraussetzungen gehören – neben einer zweckentsprechenden technisch-organisatorischen Ausstattung – vor allem die personellen Ressourcen, also die Versorgung mit Berufsschullehrern.

Was die qualitative Seite anbelangt, so hatte man in der letzten Zeit den Eindruck, daß in einer Reihe von Ländern Anstrengungen unternommen werden, um die Lehrer durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf ihre veränderten Aufgaben vorzubereiten. Man wird diese Anstrengungen fortsetzen und intensivieren müssen.

Gefahr droht aber von einer Seite, von der man sie am wenigsten erwartet hatte: In absehbarer Zeit sind erhebliche

Kolloquium über aktuelle Fragen der beruflichen Bildung

Zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft hat das Bundesinstitut für Berufsbildung am 1. und 2. April 1987 in Berlin ein Kolloquium über wichtige Fragen der beruflichen Bildung veranstaltet. Unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Wilfried Schlaffke (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln) und Herrn Dr. Laszlo Alex (Bundesinstitut für Berufsbildung) wurden Themen wie die neuen Ausbildungsordnungen und ihre Anwendung in Betrieben, Probleme der Jugendlichen beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf sowie die wachsenden Kosten der Ausbildung und ihre Erfassung diskutiert.

Auf besonderen Wunsch der Vertreter des Instituts der deutschen Wirtschaft hat das Bundesinstitut weiter ein noch in der Planung befindliches Projekt mit dem Arbeitstitel „Entwicklung eines Testsystems für ein Informationssystem; Berufliche Weiterbildung“ vorgestellt.

Mit einem Überblick über den Stand und ausgewählte Probleme der **Neuordnungsarbeiten** begann die Veranstaltung. In der sich anschließenden Diskussion wurde vor allem darauf hingewiesen, wie durch die Neuordnung Berufsstrukturen wissenschaftlich erarbeitet und festgelegt wurden. Da die Ausbildungsordnungen nun größere Bedeutung für erwerbsstrukturelle Fragen haben, sei interessant, wie künftig die Erwerbsstruktur auf die Ausbildungsstruktur reagieren werde.

Insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende demographische

Entwicklung wurde weiter überlegt, wie auch zukünftig die auf dem Arbeitsmarkt erforderlichen Qualifikationen gesichert werden können. Die beiden Institute schätzen diese Frage unterschiedlich ein. Die Vorstellungen des Instituts der deutschen Wirtschaft insoweit sind etwas optimistischer als die des Bundesinstituts.

Seitens des Instituts der deutschen Wirtschaft wurde vor allem hervorgehoben, daß die Gestaltungsmöglichkeiten der Technik die Arbeit organisierbar machen, so daß sich attraktive Beschäftigungschancen für Studienberechtigte wie auch für Nachfrager mit oder ohne Hauptschulabschluß ergeben. Positiv sei in diesem Zusammenhang auch zu bewerten, daß ein sehr differenziertes Begabungspotential von sehr unterschiedlichen Systemen angesprochen sei. Eines der großen bildungspoli-

Ungleichgewichte bei der quantitativen Versorgung mit Berufsschullehrern zu befürchten, wenn nicht unverzüglich Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.

Eine kürzlich vorgelegte Analyse des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen spricht davon, daß die Nachfrage nach dem Lehramt in bestimmten Berufsbereichen „völlig zusammengebrochen“ sei. Gustav Grüner hat diese Aussage in der „Berufsbildenden Schule“ (4/87) mit aktuellen Zahlen über die Studienanfänger im abgelaufenen Wintersemester 1986/87 untermauert: Danach haben zwar

insgesamt 1.545 neue Berufsschullehrerstudenten ihr Studium (an 34 Universitäten und Technischen Hochschulen) aufgenommen. Die Verteilung auf die verschiedenen beruflichen Fachrichtungen ist jedoch höchst ungleichmäßig. Nahezu 50 % aller Studienanfänger wollen Diplom-Handelslehrer werden. Offenbar hat dieses Studium deshalb die wenigsten Einbußen aufzuweisen, weil der Studienabschluß auch berufliche Tätigkeiten in der Wirtschaft eröffnet und weil er recht häufig mit anderen wirtschaftswissenschaftlichen Diplomabschlüssen kombiniert wird. Geradezu katastrophal ist da-

gegen die Nachwuchssituation in manchen technischen Fachrichtungen: In der innovationsträchtigen Fachrichtung „Elektrotechnik“ haben in Nordrhein-Westfalen 2 Gewerbelehrer-Studenten, in Baden-Württemberg 7, im ganzen Bundesgebiet 27 das Studium aufgenommen. In dem großen Berufsfeld „Metalltechnik“ waren es im Bundesgebiet 83 Studenten, in der „Chemietechnik“ 28 Studenten.

Woraus resultiert der Attraktivitätsverlust, der sich in diesen Zahlen niederschlägt? Zweifellos spielen die Meldungen über

Fortsetzung Seite 4

tischen Probleme der Zukunft wurde übereinstimmend in der Neubestimmung des Verhältnisses von Aus- und Weiterbildung gesehen.

Zur Problematik des Übergangs von Jugendlichen von der Ausbildung in den Beruf wurden zunächst seitens des Bundesinstituts Design und ausgewählte Ergebnisse der Längsschnittuntersuchung „Ausbildung und berufliche Eingliederung“ von Prüfungsteilnehmern 1984 sowie Probleme bei der beruflichen Eingliederung gewerblich-technisch ausgebildeter junger Frauen dargestellt. Das Institut der deutschen Wirtschaft berichtete über ein laufendes Projekt, das – sozusagen spiegelbildlich zu den Arbeiten des Bundesinstituts – nach den betrieblichen Kriterien einer Übernahme der Ausgebildeten durch die Unternehmen fragt. Ziel dieses Projekts ist die Erstellung einschlägiger Empfehlungen für das Bildungs- und Ausbildungswesen. Neben der Erörterung von methodischen und praktischen Problemen, die sich im Rahmen der oben dargestellten Untersuchungen stellen wie z. B. Pflege des Panels, Auswahl der zu be-

fragenden Betriebe, Beobachtungszeitraum etc., wurde in der Diskussion vor allem hervorgehoben, daß die Strukturdiskrepanzen zwischen Ausbildung und Beschäftigung größer geworden seien und dies nicht nur ein vorübergehendes Problem sei.

Die Überlegungen des Bundesinstituts zur Erfassung der Kosten der betrieblichen Berufsausbildung wurden vom Institut der deutschen Wirtschaft mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß angesichts der unstreitigen Bedeutung dieser Kosten entsprechende Arbeiten dringend erforderlich seien. Auf einschlägige Untersuchungen von CEDEFOP auf EG-Ebene wurde hingewiesen.

Ältere Untersuchungsergebnisse haben ihre Bedeutung verloren, weil sich das ihnen zugrundeliegende Mengengerüst grundlegend verändert habe und eine Hochrechnung durch Inflationierung jetzt nicht mehr sinnvoll sei. In der Diskussion wurden vor allem die methodischen Probleme vertieft, die sich aus den

unterschiedlichen Kostenbegriffen und ihrer Erfassung ergeben.

Die Absicht des Bundesinstituts, die Untersuchung zunächst auf die Kosten der Berufsausbildung zu beschränken, weil in diesem Bereich die methodischen Fragen schon stärker diskutiert seien, wurde vom Institut der deutschen Wirtschaft unterstützt. In der weiteren Diskussion wurde jedoch auch die Problematik der Kostenerfassung für den Bereich der Weiterbildung angesprochen. Hier wurde vor allem auf die immensen Bildungsimplications der neuen Technologien wie auch auf das Problem der Identifikation von Weiterbildung am Arbeitsplatz hingewiesen. Einig waren sich alle Diskussionsteilnehmer darin, daß das vorhandene Wissen über die Kosten beruflicher Bildung unzureichend, Kenntnisse über den Nutzen jedoch so gut wie nicht vorhanden seien.

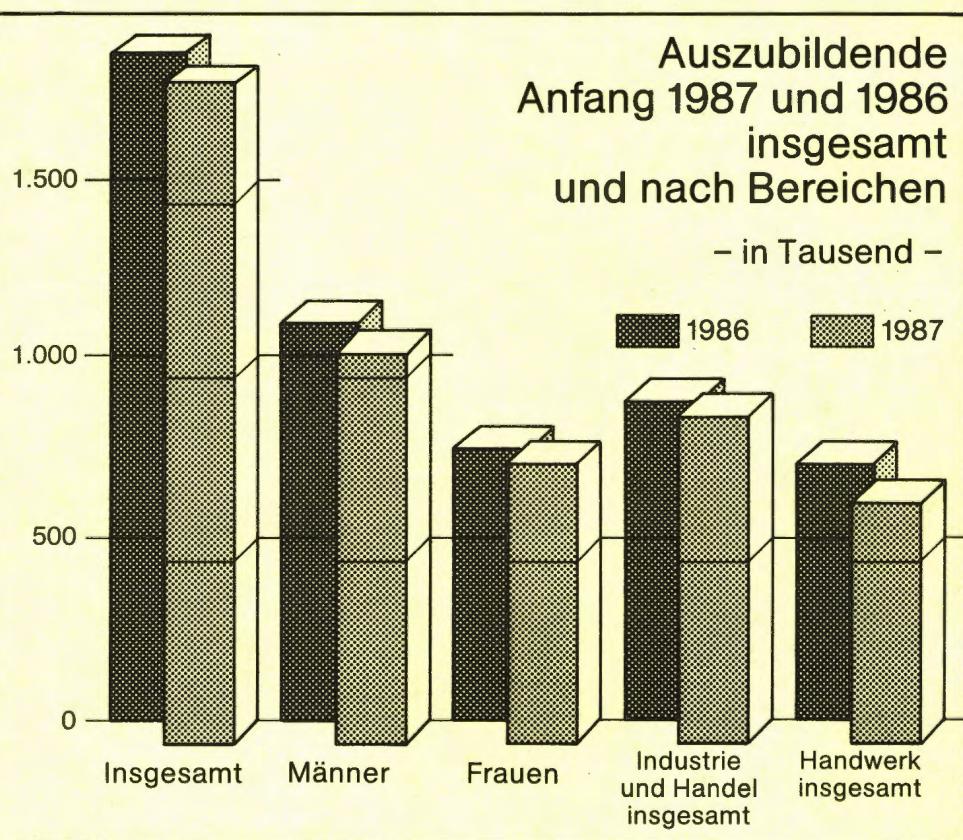
Die Vertreter beider Institute haben ihr Interesse an einer Fortsetzung des Meinungsaustauschs und auch an gemeinsamer inhaltlicher Arbeit betont.

Bla.

Berufsbildungsstatistik:

1987: Mehr Frauen und weniger Männer befinden sich in der Ausbildung

Anfang 1987 standen 1 805 000 Jugendliche in Ausbildung, das sind 26 000 weniger als im Vorjahr. Damit gingen erstmals im Bestand die Auszubildendenzahlen zurück, während bei den Neuabschlüssen bereits seit 2 Jahren fallende Werte zu verzeichnen sind.



Auszubildende Anfang 1987 und 1986 nach Bereichen
– in Tausend –

	alle Bereiche			Indu-		Land-		Öffent-		Son-
	i	m	w	stri-	Hand-	wirt-	lischer	Dienst	stige	
1987	1805	1059,0	746,0	882	658	50	73	142		
1986	1831	1087,5	743,5	875	687	53	73	143		

Quelle: Berufsbildungsstatistik; vorläufige Werte

Die Entwicklung ist für Männer und Frauen unterschiedlich verlaufen. Einem Rückgang der männlichen Auszubildenden um 28 500 steht eine Zunahme der weiblichen Auszubildenden um 2500 gegenüber. Dies beruht vor allem auf der steigenden Zahl von Abiturientinnen, die eine Ausbildung im dualen System aufnehmen.

Die vornehmlich kaufmännischen Berufe, die von dieser Gruppe bevorzugt werden, haben auch deutlich höhere Auszubildendenzahlen aufzuweisen, so die Bank- und Versicherungskaufleute, die Groß- und Außenhandelskaufleute und die Industrie- und Bürokaufleute. Auch die Beschäftigungszahlen der Dienstleistungsbranchen haben zugenommen, so daß die Suche der Abiturientinnen nach Ausbildungsmöglichkeiten in diesen Berufen mit relativ günstigen Entwicklungen der jeweiligen Branchen zusammenfällt.

Auch in den Ausbildungsbereichen sind die Entwicklungen von 1986 im Vergleich zu 1987 unterschiedlich verlaufen. Die von Abiturientinnen bevorzugten Berufe gehören Industrie und Handel an, so daß in diesem Bereich die Auszubildendenzahlen weiter gestiegen sind (+ 7000). Die Abiturientenquote hat sich von 16,1 auf 17,4 % erhöht. Über 150 000 Studienberechtigte stehen in Ausbildung, überwiegend in kaufmännischen Berufen.

Im Handwerk sind 29 000 Auszubildende weniger zu verzeichnen. In diesem Bereich machen sich die geringeren Schulabgängerzahlen bereits voll bemerkbar, da vor allem Hauptschüler ausgebildet werden. Das Handwerk versucht, durch verstärkte Ausbildung von Ausländern, Mädchen und Abiturienten einen Ausgleich herbeizuführen.

Pädagogische Fortbildung des Ausbildungspersonals in der beruflichen Bildung benachteiligter Jugendlicher

„Vom Handwerker zum Ausbilder...“

In einer vom Landeswohlfahrtsverband Hessen und dem BIBB gemeinsam herausgegebenen Broschüre wird über Verlauf und Ergebnisse eines Modellversuchs-Erfahrungsaustausches berichtet.

In dem Bericht werden die Fortbildungskonzeptionen und -erfahrungen eines Modellversuchs des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, des Benachteiligtenprogrammes der Bundesregierung und langjährige Erfahrungen aus der AdA-Ausbildung einer Handwerkskammer zur Diskussion gestellt. Außerdem wird über die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsgruppen berichtet:

Fortbildungsbedarf besteht nicht nur für Ausbilder, sondern auch für Lehrer, Sozialpädagogen und Erzieher. Pädagogische Fortbildung muß an dem Erfahrungsstand und dem Alltagswissen der Mitarbeiter ansetzen. Sie muß aber auch so konzipiert werden, daß die Teilnehmer mit neuen Ansätzen konfrontiert und zur kritischen Auseinandersetzung mit liebgewordenen Gewohnheiten gezwungen werden. Die Fortbildner sollen die Werkstätten und Einrichtungen gut kennen, aus denen ihre Teilnehmer kommen. Sie müssen versuchen, die Fortbildungsinhalte praxisnah auszurichten und mit dem Ausbildungspersonal Handlungsinstrumente zu entwickeln, die die pädagogische Arbeit erleichtern, z. B. individuelle Ausbildungspläne. Auch unter Berücksichtigung der vielen Durchsetzungsschwierigkeiten, insbesondere Akzeptanzprobleme und die Bereitstellung der finanziellen Mittel, konnten Ansätze eines Anforderungs- und Leistungskataloges für die Fortbildung des Ausbildungspersonals im Benachteiligtenprogramm und im Jugendhilfebereich herausgebildet werden.

Die Broschüre kann beim Pressereferat des Bundesinstituts für Berufsbildung gegen eine Schutzgebühr angefordert werden.

P

Drohende Lücken in der Versorgung mit Berufsschullehrern



Fortsetzung von Seite 2

Lehrerarbeitslosigkeit und Einstellungsstoppe eine große Rolle. Abschreckend wirken aber auch die sehr langen Ausbildungszeiten der Berufsschullehrer, die nach Abitur, Lehre, fünf- bis sechsjährigem Studium und zweijährigem Referendariat – sofern der Bewerber Glück hat – allenfalls zu einer (befristeten) Anstellung auf einer Zwei-Drittel- oder Drei-Viertel-Stelle nach BAT III führen.

Die Verantwortlichen in den Ländern – und das sind nicht zuletzt die Finanzminister – müssen ernsthaft über die Folgen und Nebenfolgen mancher ihrer Sparmaßnahmen nachdenken. Die Kulturminister und die für die duale Ausbildung mit zuständigen Wirtschaftsminister sollten dabei deutlich machen, daß ca. 20–30 % des landesrechtlich festgelegten Berufsschulunterrichts wegen „Lehrermangels“ derzeit nicht erteilt werden. Das für die nächsten Jahre prognostizierte Absinken der Jahrgangsstärken wird teilweise kompensiert werden durch längere Ausbildungszeiten (beispielsweise bei den erwähnten Metall- und Elektroberufen), durch neue qualitative Erfordernisse (z. B. Differenzierung des Unterrichts) und die immer mehr an Bedeutung erlangende fachliche und

berufspädagogische Weiterbildung.

Im übrigen muß gesehen werden, daß die Lehramtsstudenten, die jetzt ihr Studium aufnehmen, erst Mitte der 90er Jahre in den Schulen zur Verfügung stehen würden. Dies ist ein Zeitpunkt, zu dem an den beruflichen Schulen – wegen einer sehr ungünstigen Alterspyramide – ein besonders hoher Ersatzbedarf bestehen wird. Etwa 20 % der gegenwärtig 91 200 Lehrer an beruflichen Schulen werden in diesem Zeitraum ausscheiden.

Welche Zahlen das genau sein werden, ihre Verteilung in den einzelnen Berufsbereichen und Ländern, das sollte durch die Kultusministerien und auf der KMK-Ebene möglichst schnell ermittelt werden. Solche differenzierten Zahlen wären u. a. erforderlich, um Abiturienten bei ihrer konkreten Studienwahl verantwortlich beraten zu können. Es muß alles getan werden, um die sich abzeichnenden Lücken in der Lehrerversorgung zu schließen. Es gilt Gefahren abzuwenden, die sich auf die Berufsbildung insgesamt äußerst schädlich auswirken müßten.

Hermann Schmidt

Dr. Hermann Schmidt